

Wien, 21. Juli 2021

**Sperrfrist: 21. Juli 2021, 10:00 Uhr**

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2025

## Wirtschaft überwindet Corona-Schock

Mit den Erfolgen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und den damit ermöglichten Lockerungen der Beschränkungen erholt sich die Weltwirtschaft von der historischen Krise. Die Aufhebung der meisten Eindämmungsmaßnahmen und die positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen treiben die Konjunktur in Österreich. Nach dem starken Einbruch im Vorjahr sollte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr kräftig zulegen. Für die gesamte Prognoseperiode 2021 bis 2025 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 2 ½ % pro Jahr. Mit der wirtschaftlichen Erholung hat die Inflation etwas angezogen. Mit Werten von 2 % bis 2 ¼ % sollte der Preisdruck aber verhalten bleiben. Mit dem Anziehen der Konjunktur und der Ausweitung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik dürfte die im Vorjahr äußerst kräftig gestiegene Arbeitslosigkeit bis zum Ende der Prognoseperiode auf das Vorkrisenniveau von 7 ½ % zurückgehen. Durch den tiefen Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2020 und 2021 schwer belastet. Nach Überwindung der Krise sollte die wirtschaftspolitische Strategie auf die Stärkung der Wachstumskräfte und die Bekämpfung des Klimawandels abzielen.

Mit der durch den Impffortschritt ermöglichten Aufhebung eines Großteils der Eindämmungsmaßnahmen hat die österreichische Wirtschaft nach dem tiefen Einbruch im Vorjahr wieder kräftig Fahrt aufgenommen. Das Institut erwartet daher für den Zeitraum 2021 bis 2025 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 2,5 %. In den vergangenen fünf Jahren betrug die durchschnittliche Zunahme 0,4 % pro Jahr. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist der coronabedingte Einbruch im Jahr 2020 (–6,3 %) zu berücksichtigen. Die vorliegende Vorausschau basiert auf der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2021 und 2022 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2025. Nach der kräftigen Erholung in den Jahren 2021 (3,4 %) und 2022 (4,5 %) dürfte die Wirtschaft auf einen soliden Wachstumskurs einschwenken. Für die Jahre 2023 bis 2025 werden Zuwächse von 1,8 %, 1,4 % und nochmals 1,4 % erwartet. Insgesamt sollte damit die Wirtschaftsleistung annähernd mit dem gleichen Tempo wie im Euroraum zulegen.

Das Produktionspotenzial, also die bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktion, dürfte durch die Corona-Pandemie nicht nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Anders als in früheren schweren Wirtschaftskrisen sind diesmal keine größeren Abschreibungen des Kapitalstocks notwendig, und die strukturelle Arbeitslosigkeit hat sich voraussichtlich nicht erhöht. Das Institut schätzt, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2020 um 1 % gestiegen ist. Dessen Wachstum sollte sich rasch auf knapp 1 ½ % pro Jahr beschleunigen. Einer stärkeren Expansion steht die demografische Entwicklung entgegen. Aufgrund des Konjunkturerinbruchs lag das Bruttoinlandsprodukt nach Schätzungen des Instituts im vergangenen Jahr um 5 % unter dem Produktionspotenzial. Durch den kräftigen Aufschwung in den Jahren 2021 und 2022 dürfte die Produktionslücke aber bereits im kommenden Jahr annähernd geschlossen sein und dies bis zum Ende des Prognosezeitraums auch bleiben.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum nach dem coronabedingten historischen Einbruch wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückkehren und durchschnittlich um 3 ¼ % pro Jahr zulegen. Gestützt durch die äußerst expansive Fiskalpolitik sollte die US-Wirtschaft um durchschnittlich 3 ¼ % expandieren. Im Euroraum dürfte die durchschnittliche Zunahme des BIP gut 2 ½ % betragen. Das Aufbau-Instrument „Next Generation EU“ sollte den Aufholprozess insbesondere in Südeuropa stärken. Für die Gruppe der Industriestaaten wird ein Wachstum von knapp 3 % erwartet.

Der Konsum der privaten Haushalte hat besonders stark unter der Corona-Krise gelitten. In den Lockdown-Phasen wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast völlig zum Erliegen. In Österreich sind die privaten Konsumausgaben im Vorjahr folglich um 9 ½ % eingebrochen. Aufgrund des Wegfalls der konsumhemmenden Faktoren sollte der private Konsum heuer und im kommenden Jahr besonders kräftig zulegen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum von knapp 3 % pro Jahr erwartet. Ausgehend von 14 ½ % im Vorjahr werden die privaten Haushalte die Sparquote wohl rasch zurücknehmen und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf ein normales Niveau von rund 8 % zurückführen.

Die Corona-Pandemie beendete einen außergewöhnlich langen Investitionszyklus in Österreich. Trotz des Einbruchs um knapp 8 % im Jahr 2020 wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um gut 2 ½ % pro Jahr ausgeweitet. Bei den Bauinvestitionen betrug das Wachstum knapp 1 ½ % pro Jahr. Die gesamten Anlageinvestitionen stiegen um 2 % pro Jahr. Zu Beginn des Prognosezeitraums wird die Investitionstätigkeit durch die Erholung von der Corona-Pandemie und den fiskalpolitischen Maßnahmen der Investitionsförderung geprägt. Da aufgrund der Förderungen Investitionen vorgezogen werden, wird sich das Wachstum ab 2023 deutlich abschwächen. Die Bauinvestitionen profitieren von steigenden

Immobilienpreisen und dem Trend zu mehr Wohnraum pro Person. Im Zeitraum 2021 bis 2025 dürften die Anlageinvestitionen um knapp  $2\frac{3}{4}\%$  pro Jahr ausgeweitet werden (Ausrüstungen:  $3\frac{1}{4}\%$ , Bauten:  $2\frac{1}{4}\%$ ).

Der globale Warenhandel hat sich vom coronabedingten Einbruch im Vorjahr rasch erholt und dürfte heuer um  $10\%$  zulegen. Aufgrund der robusten Industriekonjunktur im weiteren Prognosezeitraum sollte der Welthandel um durchschnittlich  $4\frac{3}{4}\%$  pro Jahr expandieren. Für die heimischen Exportmärkte wird ein jährlicher Zuwachs um  $5\frac{1}{4}\%$  erwartet. Laut Prognose werden die Exporte laut VGR im selben Tempo steigen. Mit dem Auslaufen der gesundheitlichen Einschränkungen sollten auch die von der Corona-Krise besonders stark betroffenen Reiseverkehrsexporte wieder kräftig anziehen, allerdings erst am Ende des Prognosezeitraums wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die Konjunkturerholung und die kräftige Exporttätigkeit bewirken ein starkes Anziehen der Importe. Diese werden voraussichtlich um durchschnittlich  $5\frac{1}{2}\%$  pro Jahr zulegen. Die Außenwirtschaft wirkt somit neutral auf das Wachstum.

Nach  $1,6\%$  im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürfte die Inflationsrate im Zeitraum 2021 bis 2025 auf  $2,2\%$  ansteigen. Während die Energiepreise im vergangenen Fünfjahreszeitraum die Preisentwicklung dämpften, treiben die internationalen Rohstoff- und Energiepreise zu Beginn des Prognosezeitraums die Inflation an. Ab dem Jahr 2022 sollten aber davon sowie von den Lohnstückkosten nur moderate Impulse ausgehen. Hingegen dürften Maßnahmen zum Klimaschutz inflationserhöhend wirken.

Die Corona-Krise hat im Vorjahr voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die Beschäftigung ist trotz der massiven Inanspruchnahme der Kurzarbeit eingebrochen und die Arbeitslosenquote ist auf knapp  $10\%$  hinaufgeschneilt. Mit der kräftig steigenden wirtschaftlichen Aktivität hat sich die Lage am Arbeitsmarkt aber merklich schneller verbessert als erwartet. Das durchschnittliche Beschäftigungswachstum im Prognosezeitraum dürfte  $1\frac{1}{4}\%$  betragen. Die starke Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte potenziellen Hysterese-Effekten am Arbeitsmarkt (etwa ein hoher Bestand an Langzeitarbeitslosen) entgegenwirken, sodass die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf  $7\frac{1}{2}\%$  sinken sollte.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von den Folgen der Corona-Krise geprägt. Als sich die massiven wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzeichneten, hat die Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Im Verein mit der Wirkung der automatischen Stabilisatoren haben diese Maßnahmen zu einem Budgetdefizit von  $8,9\%$  des BIP im Jahr 2020 geführt. Dabei gab der Bund rund  $14,4$  Mrd. Euro für die Krisenbewältigung aus. Mit Stand 15. Mai belaufen sich die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2021 auf  $6,7$  Mrd. Euro. Mit der Belebung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte aber deutlich entspannen. Ausgehend von einem Defizit von

7,4 % des BIP im laufenden Jahr könnte das Defizit bis zum Jahr 2025 auf 1,2 % des BIP sinken. In dieser Status-quo-Vorausschau sind im Regierungsprogramm angekündigte, aber nicht spezifizierte Maßnahmen wie die ökosoziale Steuerreform nicht berücksichtigt. Die Reduktion des Defizits wird im Wesentlichen durch das Wiedererstarren des Wirtschaftswachstums nach der Überwindung der Pandemie getragen sein; stützend wirkt auch das äußerst günstige Zinsniveau.

Die gute Ausgangslage der öffentlichen Haushalte hat eine adäquate Reaktion der Fiskalpolitik auf die Krise ermöglicht. Mit der Überwindung der Krise müssen strukturelle Reform-Notwendigkeiten, die schon vor der Corona-Krise vorhanden waren, angegangen werden. Eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie sollte entwickelt werden, um Wachstumspotenziale zu heben und die Schuldenquote wieder zurückzuführen. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und die rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele notwendig. Mit der ökosozialen Steuerreform sollte auch die im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit reduziert werden. Wie immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts geboten, bei der Budgeterstellung produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung noch höhere Priorität einzuräumen. Reformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen würden die Kostendynamik verlangsamen.

Im Vergleich zum vergangenen Sommer haben die Abwärtsrisiken für die globale Wirtschaftsentwicklung deutlich abgenommen. Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie erlaubten ein Hochfahren der Weltwirtschaft. Allerdings würden eine geringe Durchimpfung der Bevölkerung sowie insbesondere ein Überhandnehmen infektiöserer und impfstoffresistenter Virusvarianten den wirtschaftlichen Erholungsprozess deutlich verzögern. Weiters könnte eine zu rasche Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen die Wirtschaftsentwicklung bremsen. So würde eine Insolvenzwelle den Bankensektor belasten und könnte eine Finanzkrise auslösen. Allerdings könnte auch eine zu lange Subventionierung das Wachstumspotenzial dämpfen, indem nicht überlebensfähige Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden. Die hohe internationale Verschuldung stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Der aktuell starke Anstieg der Rohstoffpreise, Lieferverzögerungen etwa im Elektronikbereich sowie Schwierigkeiten beim internationalen Transport belasten den Aufschwung; diese Effekte werden vom Institut aber als nur temporär gesehen. Allerdings könnte der Wirtschaftsaufschwung auch stärker ausfallen als hier erwartet. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Digitalisierung der Wirtschaft vorangetrieben, was über produktivitätssteigernde Effekte das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaften erhöhen könnte. Unterstützend sollte in diesem Zusammenhang das „Next Generation EU“- Programm wirken. Ein Abbau der in der Corona-Krise gebildeten Zwangsparsnisse würde die Konsumnachfrage erhöhen.

In einem Sonderkapitel werden die ökonomischen Auswirkungen des Wiederaufbauplans der EU auf die österreichische Wirtschaft abgeschätzt. Der Plan zielt darauf ab, ein

rasches Hochfahren der Wirtschaft nach der Corona-Krise zu ermöglichen und die Resilienz der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber zukünftigen Gesundheits- und Wirtschaftskrisen zu stärken. Laut den Berechnungen des Instituts sollte die Umsetzung des Wiederaufbauplans das BIP im Jahr 2025 um 0,9 % erhöhen.

**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2011–2015	2016–2020	2021–2025
Bruttoinlandsprodukt, real	1,1	0,4	2,5
Privater Konsum, real	0,5	-0,9	2,9
Bruttoinvestitionen, real	2,2	1,8	2,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,2	2,0	2,7
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,6	2,6	3,2
Bauinvestitionen, real	0,7	1,4	2,2
Inlandsnachfrage, real	1,0	0,4	2,4
Exporte i. w. S., real	2,8	1,1	5,3
Waren, real (laut VGR)	2,4	1,7	5,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,1	-7,4	10,7
Importe i. w. S., real	2,8	1,2	5,4
Waren, real (laut VGR)	2,1	1,1	4,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1,1	-15,4	23,6
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,1	1,2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	7,8	8,5	7,8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,2	5,3	4,9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	1,8	2,4
Preisindex des BIP	2,0	1,5	2,0
Verbraucherpreisindex	2,1	1,6	2,2
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-2,1	-2,1	-3,2
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	0,5	-0,3	-0,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	2,0	0,3	0,4

<sup>i</sup>absolute Werte

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

**Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2016–2020	2021–2025
BIP, real		
Deutschland	0,3	2,3
Italien	-1,0	2,6
Frankreich	-0,2	2,8
Vereinigtes Königreich	-0,8	3,3
Schweiz	1,0	2,2
USA	1,1	3,2
Japan	-0,3	1,6
China	5,7	5,5
Polen	3,0	3,7
Slowakei	1,3	3,8
Tschechien	1,4	3,2
Ungarn	2,2	4,0
Slowenien	1,9	3,7
MOEL-5 <sup>i</sup>	2,4	3,7
Bulgarien	1,9	3,0
Rumänien	3,3	4,1
Kroatien	0,8	3,8
Russland	0,7	2,3
Euroraum	0,2	2,6
NMS-6 <sup>ii</sup>	2,6	3,7
EU-27	0,4	2,7
OECD	0,7	2,9
Welt	2,0	3,7
Welthandel (Waren laut CPB)	0,7	4,8
Österreichische Exportmärkte	1,2	5,2
USD/EUR Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,14	1,21
Rohölpreis <sup>iii</sup>	54,8	65,6

<sup>i</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

<sup>ii</sup>NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

<sup>iii</sup>absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

## Rückfragehinweise

### **2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

#### **Kontakt**

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E [mreiter@ihs.ac.at](mailto:mreiter@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com)